§34

(1) Der Wahlvorstand entscheidet über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen.

(2) Der Stimmzettel ist ungültig,

1. wenn ein anderer als der amtliche Stimmzettel zur Stimmabgabe verwendet wurde,
2. wenn der Wille des Wählers nicht eindeutig erkennbar ist,
3. wenn mehr als ein Wahlvorschlag angekreuzt bzw. gekennzeichnet wurde,
4. wenn er Zusätze, Streichungen oder Vorbehalte enthält,
5. wenn er zerrissen ist,
6. wenn der Wähler den Stimmzettel außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet hat.

§35

(1) Über die Stimmabgabe und das Ergebnis der Auszählung ist vom Wahlvorstand öffentlich eine Wahlniederschrift anzufertigen.

(2) Die Wahlniederschrift ist vom Vorsitzenden des Wahlvorstandes, vom Schriftführer und von mindestens drei weiteren Mitgliedern zu unterschreiben.

§36

(1) Auf der Grundlage der von den Wahlvorständen übersandten Wahlniederschriften überprüft die Wahlkommission des Wahlkreises die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl. Sie faßt die Ergebnisse aus den Stimmbezirken zusammen und stellt auf deren Grundlage fest:

1. die Wahlbeteiligung,
2. die Anzahl der gültigen und ungültigen Stimmen,
3. die Anzahl der für die einzelnen Listen abgegebenen gültigen Stimmen.

(2) Die Wahlkommission fertigt ein Wahlprotokoll an. Es ist durch den Vorsitzenden und mindestens die Hälfte der Mitglieder der Wahlkommission zu unterzeichnen.

§37

(1) Die ordnungsgemäße Durchführung und das Gesamtergebnis der Wahlen werden durch die Wahlkommission der DDR festgestellt.

(2) Die Wahlkommission der DDR gibt das endgültige Ergebnis der Wahl amtlich bekannt.

(3) Die Berechnung der Sitzverteilung erfolgt in der Weise, daß zunächst auf Republiksebene entsprechend § 5 die Anzahl der von einer Partei, anderen politischen Vereinigung oder Listenvereinigung insgesamt erreichten Mandate berechnet wird. Danach erfolgt die Berechnung der Mandate einer jeden Partei, anderen politischen Vereinigung oder Listenvereinigung auf die Wahlkreise. In beiden Stufen erfolgt die Berechnung nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren.

(4) Nach der Feststellung ihrer Wahl sind die Abgeordneten unverzüglich durch die Wahlkommission der DDR über ihre Wahl schriftlich zu benachrichtigen.

(5) Eine Ablehnung der Wahl hat der Abgeordnete innerhalb von sieben Tagen nach Erhalt der Benachrichtigung schriftlich gegenüber der Wahlkommission der DDR zu erklären.

§38

Innerhalb der im § 37, Absatz 5 genannten Frist wird im Falle der Ablehnung der Wahl, des Todes oder des Ausscheidens eines Abgeordneten aus sonstigen Gründen aus der Volkskammer der Sitz in Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste derjenigen Partei, anderen politischen Vereinigung oder Listenvereinigung besetzt, für die der Ausgeschiedene kandi-

diert hat. Ist die betreffende Liste erschöpft, bleibt das Mandat unbesetzt.

§39

(1) Parteien, andere politische Vereinigungen oder Listenvereinigungen, die an der Wahl teilgenommen haben, können innerhalb von 20 Tagen nach Bekanntgabe des endgültigen Gesamtergebnisses der Wahl zur Volkskammer die Gültigkeit der Wahlergebnisse anfechten.

(2) Die Anfechtung ist schriftlich unter Darlegung der Gründe und Beweismittel gegenüber der Wahlkommission der DDR zu erklären.

(3) Die Wahlkommission der DDR berät und entscheidet innerhalb von zehn Tagen in öffentlicher Sitzung über die Anträge auf Anfechtung der Gültigkeit von Wahlergebnissen.

(4) Die Entscheidung ergeht schriftlich und ist zu begründen. Sie ist endgültig.

(5) Wird einer Anfechtung stattgegeben, so hat die Wahlkommission der DDR entweder das Wahlergebnis richtigzustellen oder Wiederholungswahlen anzuordnen.

(6) Die Wiederholungswahl muß innerhalb von 21 Tagen nach der Entscheidung durchgeführt werden. Den Termin der Wiederholungswahl legt die Wahlkommission der DDR fest.

(7) Die Wiederholungswahl findet nach den gleichen Vorschriften, auf der Grundlage der gleichen Wahl Vorschläge und Wählerverzeichnisse statt, soweit in der Entscheidung nichts anderes festgelegt ist.

§40

(1) Folgende Wahlunterlagen sind bis zum Ende der Legislaturperiode unter Verschuß aufzubewahren: Protokolle der Wahlkommission der DDR sowie der Wahlkommissionen der Wahlkreise, Niederschriften der Wahlvorstände sowie Vernichtungsprotokolle gemäß Absatz 2.

(2) Stimmzettel, Wahlscheine und die von den Wahlvorständen verwendeten Wählerverzeichnisse sind zwischen dem 60. und 80. Tage nach der Wahl unter Aufsicht der Wahlkommissionen der Wahlkreise zu vernichten. Darüber ist ein Protokoll anzufertigen und der Wahlkommission der DDR zuzuleiten.

VIII.

Beginn und Ende der Rechte und Pflichten der Abgeordneten

§41

(1) Die Rechte und Pflichten der Abgeordneten beginnen mit der Feststellung ihrer Wahl und enden am Tag der Wahl zur Volkskammer der neuen Legislaturperiode.

Im Falle der Auflösung der Volkskammer enden die Rechte und Pflichten der Abgeordneten an diesem Tag.

(2) Während der Legislaturperiode erlischt das Mandat eines Abgeordneten durch Tod, durch Verlust der Wählbarkeit, bei Wechsel der Partei oder anderen politischen Vereinigung oder durch Aufhebung des Mandats. Bei Tod, Verlust der Wählbarkeit oder Wechsel der Partei bzw. anderen politischen Vereinigung stellt die Volkskammer das Erlöschen des Mandats fest.

(3) Abgeordnete haben das Recht, während der Legislaturperiode die Aufhebung ihres Mandats zu beantragen. Die Entscheidung darüber trifft die Volkskammer.

§42

Scheidet ein Abgeordneter aus, so rückt der Nächstplatzierte auf der betreffenden Liste nach. Ist diese erschöpft, bleibt das Mandat unbesetzt.